



KOMMENTARE

Hochverdient

Christian Altmeier über die Vergabe des Friedensnobelpreises

Wenn heute der Friedensnobelpreis an die beiden Journalisten Maria Ressa und Dmitri Muratow übergeben wird, legt das Komitee in Oslo den Finger in eine tiefe Wunde. Denn nicht nur auf den Philippinen und in Russland – den Herkunftsländern der Preisträger – gerät eine unabhängige, freie und faktenbasierte Berichterstattung zunehmend in Gefahr. Selbst in westlichen Demokratien wie den USA oder den Mitgliedsländern der EU werden Journalistinnen und Journalisten immer häufiger zum Ziel von Beleidigungen, Drohungen oder sogar tätlichen Angriffen. Und in immer mehr Staaten weltweit sind die Medien einer rigiden Zensur unterworfen.

Die ungestörte Arbeit der „fünften Gewalt“ aber ist die Voraussetzung für Demokratie und Frieden. Überall dort, wo sich Fakten mit Vermutungen, Verschwörungstheorien oder bewusst gestreuten Falschinformationen vermischen, haben Autokraten leichtes Spiel. Ressa und Muratow kämpfen seit Jahren unerschrocken dagegen an – trotz aller Versuche der Regime in Moskau und Manila, sie und die Medien, die sie repräsentieren, zum Schweigen zu bringen. Umso wichtiger ist es, dass die beiden Geehrten heute in Oslo persönlich ihren Preis entgegennehmen können und die Welt ihnen zuhört.

Korrigierbar

Klaus Welzel über die verpatzte Besetzung des Innenausschusses

Jetzt soll also ein Politiker der AfD den Innenausschuss des Bundestages leiten. Und sowohl SPD, als auch FDP und Grüne verharmlosen diesen Vorgang. Stimmt schon: Ein Vorsitzender agiert präsidial, er dominiert nicht die Arbeit eines Ausschusses. Aber er vertritt diesen Ausschuss gegenüber den Medien. Sein Bild ist abends im Fernsehen zu sehen. Er interpretiert dort die Ergebnisse. Dann soll also künftig der Vertreter einer Partei, die zumindest in Teilen offen rechtsextremistisch agiert, über Rechtsextremismus referieren? Er soll urteilen, ob der Verfassungsschutz seine Arbeit richtig macht? Völlig absurd. Nicht viel besser, dass die Partei der Coronaleugner künftig auch dem Gesundheitsausschuss vorsteht.

Die erst in der letzten Legislaturperiode eingeführte Regel, dass die Fraktionen sortiert nach ihrer Größe Zugriff auf die Ausschussvorsitze erhalten, ist fahrlässig. Und es stellt sich die Frage, ob die Abgeordneten sklavisch daran gebunden sind. Anders ausgedrückt: Genau, wie die übergroße Mehrheit des Bundestags sich weigert, die AfD ins Bundestagspräsidium aufzurufen zu lassen, sollten die jeweiligen Ausschussmitglieder keine Vorsitzenden dieser Partei bestätigen.

Brücken bauen

Ulrich Krökel zum Ukraine-Konflikt

Mahnen, warnen, drohen: Das ist der eher schrille Dreiklang, mit dem US-Präsident Joe Biden seinen russischen Kollegen Wladimir Putin von einer Invasion in der Ukraine abzuhalten versucht. Nach dem Videogipfel mit dem Kremlchef legte Biden öffentlich nach und kündigte für den Ernstfall Strafen an, wie sie die Welt noch nicht gesehen habe. Das Aus für Nord Stream II dürfte ebenso dazugehören wie Aufstockung der US-Truppen in Osteuropa. Selbst der Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungssystem Swift ist denkbar.

Putin zeigt sich ungerührt. Er vertraut auf die Wirkung seiner hochgerüsteten Armee, die im Grenzgebiet zur Ukraine aufmarschiert ist. Doch die Invasionsdrohung verliert mit der Zeit an Kraft. Daher wird der Punkt kommen, an dem Russland militärisch handeln oder klein beigeben muss. Genau das macht die Lage so gefährlich: Einen solchen Gesichtverlust kann sich Putin kaum leisten. Am Ende könnte ein Zuviel an Abschreckung also das Gegenteil erreichen.

Es ist deshalb entscheidend, dass Biden und seine europäischen Partner einen Weg finden, neue Brücken nach Moskau zu bauen. Denn bei aller berechtigten Kritik an Putin kann eine dauerhafte Konfrontation mit Russland nicht im westlichen Interesse sein.



XXX XXX XXX

Karikatur: XXX XXX

„Ohne die USA gibt es keine Sicherheit für Europa“

Amerika-Experte Detlef Junker über außenpolitische Ziele der Ampel und das Verhältnis zu Washington

Von Christian Altmeier

Heidelberg. Detlef Junker (82/Foto: privat) ist emeritierter Gründungsdirektor des Heidelberg Center for American Studies (HCA). Soeben hat er die erste Gesamtdarstellung zu 150 Jahren deutsch-amerikanischer Beziehungen veröffentlicht.



Herr Professor Junker, welche Erwartungen haben die USA an die neue Bundesregierung?

Sie haben natürlich vor allem die Erwartung, dass die Bundesrepublik ein treuer Verbündeter der USA bleibt und angemessene Ressourcen in die Verteidigung steckt. Ich glaube aber nicht, dass die USA es gut fänden, wenn die Deutschen am Aufbau eines zweiten militärischen Standbeins innerhalb Europas mitwirken würden. Das würde auch nicht funktionieren. Wir haben ja nicht einmal die Ressourcen für ein Bündnis.

Braucht Europa nicht eine eigene Verteidigungs- und Sicherheitspolitik?

Die Forderung, dass die Europäer ihre Verteidigung in die eigene Hand nehmen, halte ich für eine große Illusion. Wir können unsere Sicherheit ohne die USA nicht garantieren. Der Kern der Sicherheit Europas ist die nukleare Abschreckung und die Präsenz der US-Truppen. Alles andere ist eine Fiktion. Die USA wollen zwar, dass die Deutschen mehr für ihre Verteidigung tun – aber nur im Rahmen der Nato. Es gibt keine Sicherheit für Europa ohne die transatlantische Partnerschaft.

Ist die Nato den USA denn noch so wichtig? Der außenpolitische Fokus Washingtons richtet sich ja zunehmend auf den pazifischen Raum.

Das ist eine völlig übertriebene Wahrnehmung. Die USA sind eine globale Macht, und sie haben sicherlich eine gewisse Schwerpunktverlagerung auf das Verhältnis zu China vorgenommen. Die Amerikaner haben aber einen globalen Interessenhorizont, und natürlich bleibt Europa da ein zentraler Bestandteil. Richtig ist, dass die USA zunehmend Probleme haben, ihre Position auf dem eurasischen Doppelkontinent zu behaupten. Das heißt aber keinesfalls, dass sie Europa aufgeben würden.

Bedrohung durch Russland: Insbesondere auch vor dem Hintergrund des russischen Militäraufmarsches in und um die Ukraine sei der deutsche Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit wichtig.

Sollte Deutschland sich dem diplomatischen Boykott der Olympischen Spiele in Peking durch die USA anschließen?

Ja, das sollten wir unbedingt tun, um ein Zeichen an die Diktatoren zu senden. Die deutsche Politik gegenüber Staaten wie China oder Russland kommt in Teilen einer globalen Appeasement-Politik gleich. Auf Kritik reagiert die staatliche Propaganda mit Empörung und Läue. Das muss auch Konsequenzen haben.

Ist Annalena Baerbock Ihrer Ansicht nach die richtige Besetzung als Außenministerin?

Ich hätte mich nicht für Frau Baerbock als Außenministerin entschieden, sondern für die Heidelberger Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner. Die hat sich bisher als wesentlich kenntnisreicher und profiliertes in Fragen der internationalen Politik gezeigt.



Was halten Sie von den Passagen zur Außenpolitik in der Koalitionsvereinbarung denn generell?

Aus geschichtlicher und transatlantischer Perspektive bin ich irritiert und ein wenig alarmiert über die Vernachlässigung der Außenpolitik. Denn es gilt der alte Erfahrungssatz: In der Außenpolitik geht es im Grenzfall um die Existenz von Staaten und Gesellschaften und um ihr Wohlergehen. Im Wahlkampf und in der Koalitionsvereinbarung spielte die Außenpolitik aber kaum eine Rolle.

Wo sollte die Koalition denn am dringendsten nacharbeiten?

Besonders in zwei Punkten: Erstens bei der sträflichen Vernachlässigung der ohnehin heruntergewirtschafteten Bundeswehr. Und zweitens bei der völligen Verdrängung der explosiven Lage auf den Finanz- und Kreditmärkten, die jederzeit wieder zu einem neuen Crash der Weltwirtschaft führen kann.

Woran mangelt es der Bundeswehr denn am meisten?

Die Personalstärke der Bundeswehr ist von knapp 480 000 im Jahr 1991 auf

183 696 im Jahre 2020 reduziert worden, davon können maximal 10 000 Soldaten für Einsätze zur Verfügung gestellt werden. Die Bundeswehr wurde mehrfach verkleinert und immer neu gegliedert, weil sie eine Armee ohne klaren militärischen Auftrag war. Die deutschen Streitkräfte waren ständig von Personalmangel, schweren Defiziten in der Ausrüstung und chronischen Problemen mit der Rüstungsindustrie geplagt.

Deutschland muss also mehr in die Verteidigung investieren?

Schon 2011 forderte Obama, dass Deutschland, wie alle Nato-Partner, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die gemeinsame Verwendung ausgeben solle. Nach Putins Annexion der Krim und dem Angriff auf die Ost-Ukraine 2014 hatten sich die westlichen Verbündeten immerhin verpflichtet, 1,5 Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben. In der mittelfristigen Finanzplanung des Kabinetts Merkel und seines Finanzministers Olaf Scholz wurde auch dieses Ziel gerissen. In der neuen, durch Putin entfachten Krise in der Ukraine verhindern diese Kürzungen, dass Deutschland sich im Rahmen der Nato an einer Politik der Eindämmung und Abschreckung angemessen beteiligen kann.

Sie haben auch die Finanz- und Kreditmärkte erwähnt. Sind wir erneut auf dem Weg in die Krise?

Ja, das ist so. Am Ende der Amtszeit Obamas war das Weltfinanzvermögen von 119 Billionen Dollar im Jahr 2000 auf 267 Billionen im Jahr 2015 angestiegen. Diese Lücke zwischen Real- und Finanzwirtschaft wird seitdem jedes Jahr größer. Die globalen Finanzgeschäfte machten in der Amtszeit Obamas fast das Vierfache des Wertes der Gütermärkte aus. Anleihen, Aktien und Kredite von fast 270 Billionen Dollar standen einer mehr oder weniger stagnierenden realen Wirtschaft von 73 Billionen Dollar gegenüber. Zentralbanken und Banken geben also Kredite und drucken Geld aus dem Nichts. Die Koalitionsparteien haben es nicht gewagt, in ihrem Vertrag auch nur anzudeuten, wie Deutschland, Europa und die Welt dieses Problem in den Griff bekommen könnten.

Info: Detlef Junker: Deutschland und die USA 1871-2021, Heidelberg 2021, 332 Seiten, kostenloser Download: <https://doi.org/10.11588/heibooks.756>

HINTERGRUND

Nato hofft auf starkes Deutschland

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat an die neue deutsche Außenministerin Annalena Baerbock appelliert, sich für ein militärisch starkes Deutschland einzusetzen. „Die Nato braucht ein starkes Deutschland, politisch und militärisch“, sagte der Norweger am Donnerstag nach einem Treffen mit Baerbock in der Bündniszentrale in Brüssel.

Bedrohung durch Russland: Insbesondere auch vor dem Hintergrund des russischen Militäraufmarsches in und um die Ukraine sei der deutsche Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit wichtig.

Bekanntnis zur Nato: Baerbock sagte: „Wir wollen das transatlantische Bündnis politisch ausbauen und stärken – und in jedem anderen Bereich.“ Es sei ganz klar, dass die Nato ein unverzichtbarer Pfeiler für die Sicherheit in Europa bleibe.

Ausgestreckte Hand nach Moskau: Mit Blick auf das angespannte Verhältnis zu Russland sprachen sich sowohl Stoltenberg als auch Baerbock für Dialog aus. „Das Angebot, im Nato-Russland-Rat zusammenzukommen, liegt noch auf dem Tisch“, erklärte Stoltenberg. „Gerade in schwierigen Zeiten müssen wir uns zu-

sammensetzen und reden.“ Baerbock sagte: „Die Spannungen zeigen, wie notwendig es wäre, den Nato-Russland-Rat wiederzubeleben.“ Die russischen Truppenbewegungen nahe der Ukraine seien Anlass für Besorgnis. „Mit Blick auf die Ukraine selbst, aber auch mit Blick auf unsere Sicherheit in Europa.“

Erst Paris, dann Brüssel: Bei weiteren Antrittsbesuchen in Brüssel und zuvor in Paris traf Baerbock unter anderem den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und ihren französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian. Am Freitag fliegt sie nach Warschau. > Politik S. 16

RNZ-LEXIKON

Antrittsbesuch

Als Antrittsbesuch wird der erste Besuch eines Bundeskanzlers – oder eines anderen Spitzenpolitikers, etwa des Außenministers – in einem anderen Land bezeichnet. Vor allem die ersten Auslandsreisen erzielen große Aufmerksamkeit, verraten sie doch etwas über außenpolitische Prioritäten und die Bedeutung von Bündnispartnern.

Konrad Adenauer unternahm als Italien-Freund und gläubiger Katholik seine erste Auslandsreise 1951 nach Rom. Ansonsten aber ist Frankreich traditionell das erste Ziel deutscher Bundeskanzler – so war es bei Ludwig Erhard (1963), Kurt-Georg Kiesinger (1967), Willy Brandt (1970), Helmut Schmidt (1974), Helmut Kohl (1982) und Angela Merkel (2005). In diese Tradition reiht sich nun auch Olaf Scholz ein. Durchbrochen wurde die Reihe nur von Gerhard Schröder – der 1998 zuerst nach London reiste und damit in Paris für Verstimmung sorgte.

Auch Bundespräsidenten reisten meist zuerst nach Paris. Ausnahmen machten Horst Köhler (2004) und Joachim Gauck (2012): Ihre ersten Reisen führten sie nach Warschau. abs

PRESSESPIEGEL

Fast unlösbare Aufgabe

Das „Hamburger Abendblatt“ blickt auf Wirtschaftsminister Robert Habeck:

„Nur mit Wind- und Lastenrädern wird die deutsche Wirtschaft in den 20er-Jahren nicht länger erfolgreich bleiben. Habecks Herausforderung ist schon in guten Jahren extrem komplex – in schlechten Jahren aber fast unlösbar. Die große Abhängigkeit von China und eine möglicherweise neue Außenpolitik seiner Parteifreundin Annalena Baerbock machen alles noch komplizierter.“

Merkel wird uns noch fehlen

Die Zeitung „Lidove noviny“ (Prag) resümiert die Amtszeit von Angela Merkel: „Angela Merkel war die erste und letzte Bundeskanzlerin mit persönlichen Erfahrungen mit dem Sozialismus. Sie hatte immer Verständnis für uns, die „Schmuddelkinder aus dem Osten“. Wir werden uns noch sehnsüchtig an sie erinnern.“

Merkel-Jahre waren reformlähm

„Le Monde“ aus Paris meint dazu: „Auch wenn die „Merkel-Jahre“ von einem glänzenden wirtschaftlichen Wohlstand gekennzeichnet waren, standen sie doch auch für mangelnde Reformbestrebungen. Das muss das Land heute in Form von veralteten Infrastrukturen, eines wenig leistungsfähigen Verwaltungsapparates und einer sehr verspäteten Digitalwende ausbaden.“

Ein Fingerschnippen reicht nicht

Der „Tages-Anzeiger“ (Zürich) schreibt: „Mit der Behauptung, ihre Regierung sei eine des „Fortschritts“, preist die Ampel fürs Erste vor allem sich selbst. In der Politik glückt Fortschritt für gewöhnlich nur durch starkes, langsames Bohren harter Bretter, wie der Soziologe Max Weber schrieb, nicht durch Fingerschnippen. Dieses Bohren beginnt jetzt erst. Und sollte es der Regierung zuvor nicht gelingen, die tödliche vierte Pandemie unter Kontrolle zu bringen, wird schon am Ende dieses Winters nicht viel von ihrem Aufbruch übrig bleiben.“

IMPRESSUM

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG



Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Herausgeber: Inge Hölzke, Joachim Knorr, Michael Gindele

Chefredakteure: Inge Hölzke, Dr. Klaus Welzel

Chef von Dienst: Joachim Knorr, Thomas Heilmann · Politik/Wirtschaft: Dr. Klaus Welzel, Stellv. Christian Altmeier · Magazin: Alexander R. Wensch · Feuilleton: Dr. Volker Oesterreich · Sport: Claus Weber, Stellv. Nikolas Beck · Metropolregion/ Bergstraße: Carsten Blau, Stellv. Alexander Albrecht, Stefan Hagen · Redaktion Heidelberg: Sebastian Riemer, Stellv. Holger Buchwald · Region Heidelberg: Thomas Frenzel · Service-/Kinderredaktion: Inge Hölzke · Verlagsleiter: Joachim Knorr, Thomas Heilmann · Anzeigen: Andreas Miltner · Vertrieb: Michael Engelhardt, Stellv. Jochen Spilger

Alle 69117 Heidelberg, Neugasse 2, Telefon: 0 62 21 / 519-0
Verlag: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH
Druck: Heidelberger Mediengestaltung-HVA GmbH, Heidelberg, Hans-Bunte-Straße 18

Monatsbezugpreise einschl. 7 % MwSt.: Durch Träger 47,90 €, Postbezug 50,40 €. Abbestellung nur zum Monatsende, 4 Wochen vorher in Textform beim Verlag. Bei Störung durch höhere Gewalt, Streik, Aussperung besteht kein Ersatzanspruch.
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 73. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

Erscheint mit folgenden Ausgaben:
Heidelberger Nachrichten, Region Heidelberg, Wiesloch Nachrichten/Waldorfer Rundschau, Eberbacher Nachrichten, Schwetzingen Nachrichten, Bergstraße/Mannheim – Weinheimer Rundschau, Sinsheimer Nachrichten – Bad Rappenauer Bote/Eppingen Nachrichten, Mosbacher Nachrichten, Nordbadische Nachrichten.